

Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses (4. Ausschuss)

**zu dem Gesetzentwurf der Abgeordneten Kerstin Andreae, Volker Beck (Köln),
Dr. Thomas Gambke, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN
– Drucksache 17/3039 –**

Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung des Aufenthaltsgesetzes

A. Problem

Zuwanderung hochqualifizierter Fachkräfte wird durch eine zu hohe Mindestgehaltsgrenze für die Niederlassungserlaubnis behindert.

B. Lösung

Absenkung der Mindestgehaltsgrenze für die Niederlassungserlaubnis für Hochqualifizierte im Aufenthaltsgesetz auf 40 000 Euro.

**Ablehnung des Gesetzentwurfs mit den Stimmen der Fraktionen CDU/
CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD.**

C. Alternativen

Beibehaltung der gegenwärtigen Rechtslage.

D. Kosten

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Gesetzentwurf auf Drucksache 17/3039 abzulehnen.

Berlin, den 6. Oktober 2010

Der Innenausschuss

Wolfgang Bosbach
Vorsitzender

Reinhard Grindel
Berichterstatter

Daniela Kolbe (Leipzig)
Berichterstatterin

Hartfrid Wolff (Rems-Murr)
Berichterstatter

Petra Pau
Berichterstatterin

Memet Kilic
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Reinhard Grindel, Daniela Kolbe (Leipzig), Hartfrid Wolff (Rems-Murr), Petra Pau und Memet Kilic

1. Überweisung

Der Gesetzentwurf auf **Drucksache 17/3039** wurde in der 62. Sitzung des Deutschen Bundestages am 30. September 2010 an den Innenausschuss federführend sowie an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Arbeit und Soziales und den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur Mitberatung überwiesen.

2. Voten der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat in seiner 25. Sitzung am 6. Oktober 2010 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD die Ablehnung des Gesetzentwurfs empfohlen.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat in seiner 35. Sitzung am 6. Oktober 2010 mit den Stimmen der Fraktionen

CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD empfohlen, den Gesetzentwurf abzulehnen.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat in seiner 21. Sitzung am 6. Oktober 2010 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD die Ablehnung des Gesetzentwurfs empfohlen.

3. Beratungen im federführenden Ausschuss

Der **Innenausschuss** hat den Gesetzentwurf in seiner 22. Sitzung am 6. Oktober 2010 abschließend beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD, den Gesetzentwurf abzulehnen.

Berlin, den 6. Oktober 2010

Reinhard Grindel
Berichtersteller

Daniela Kolbe (Leipzig)
Berichterstellerin

Hartfrid Wolff (Rems-Murr)
Berichtersteller

Petra Pau
Berichterstellerin

Memet Kilic
Berichtersteller

